

Das Sekretariat der Klimarahmenkonvention veranschaulicht auf seiner Webseite die beiden Bedingungen für das Inkrafttreten des Kioto-Protokolls mit zwei Fieberthermometern: 55 Staaten, die für 55 Prozent der von den Industrieländern verursachten Emissionen im Jahr 1990 verantwortlich sind, müssen das Protokoll ratifiziert haben. Am 22. Oktober 2004 hatten bereits 126 Staaten Kioto ratifiziert, die geforderte Anzahl an Staaten war also bereits weit übertroffen. Der Beschluss des russischen Unterhauses an diesem Tage, dem Kioto-Protokoll beizutreten, ließ dann auch das zweite Thermometer auf 61,6 Prozent und damit klar über den kritischen Wert von 55 Prozent schnellen. Nach dem Ausstieg der USA mit einem Emissionsanteil von 36,1 Prozent war die Ratifikation durch Russland mit einem Anteil von 17,4 Prozent die wohl letzte Chance, das Kioto-Protokoll völkerrechtlich wirksam werden zu lassen.

► Ende einer Hängepartie

Eine klimapolitische Hängepartie ist zu Ende. Angesichts des Problemdrucks der globalen Klimaerwärmung dauerte sie viel zu lange. Vergleicht man sie jedoch mit anderen internationalen Prozessen, wurde ein weiter Weg in Rekordzeit zurückgelegt. Zum ersten Mal hat sich die Staatengemeinschaft rechtlich verbindlich verpflichtet, die Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase in den Industriestaaten quantitativ zu begrenzen beziehungsweise für die Mehrzahl dieser Staaten zurückzuführen. Mit dem Kioto-Protokoll ist gleichsam eine Architektur geschaffen worden, die den wohl derzeit einzig realistischen Ausgangspunkt für die Entwicklung eines wirksamen globalen Klimaregimes bildet. Natürlich gibt es eine ganze Reihe „radikalerer“ Alternativ-Vorschläge, die deutlich größere Lösungsbeiträge für sich reklamieren. Ob sich solche Vorschläge aber in der realen Welt – deren Interessen- und Kräfteverhältnisse sich im nach vielen Seiten ausbalancierten Kioto-Protokoll doch sehr gut ablesen lassen – bis hin zur völkerrechtlichen Verbindlichkeit bringen lassen, mag doch bei näherer Analyse sehr bezweifelt werden. Gleichwohl ist das Kioto-Protokoll erst der Auftakt eines verbindlichen Klimaschutzregimes auf globaler Ebene.

Zum einen bedeuten quantifizierte und terminierte Zusagen für die Begrenzung beziehungsweise Minderung der Treibhausgasemissionen

Die russische Ratifikation des Kioto-Protokolls

Klimawende aus Moskau?!

Das Kioto-Protokoll hat nach der Ratifikation durch Russland völkerrechtlich verbindlichen Status erlangt. Ob die darin festgeschriebenen Ziele zum Klimaschutz erreicht werden ist deswegen aber keinesfalls sicher.

noch keineswegs, dass diese eingehalten werden. So haben die Europäische Union und Japan im Rahmen des Kioto-Protokolls zwar signifikante Minderungsbeiträge zugesagt. Doch gerade diese beiden Vertragspartner sind noch weit davon entfernt, mit den umgesetzten und geplanten Maßnahmen die vereinbarten Ziele auch zu erreichen. Die Umsetzung des europäischen Emissionshandelssystems als Kernstücks europäischer Klimapolitik lässt erhebliche Zweifel aufkommen, ob die Regierungen wirklich verstanden haben, welche Anstrengungen für die Einhaltung der Reduktionszusagen notwendig sind. Wenn Europa die zugesagten Minderungen erreichen will, werden die Ziele und Anreizstrukturen im europäischen Emissionshandelssystem in der Kioto-Phase von 2008 bis 2012 deutlich ambitionierter ausfallen müssen als die der heiß umkämpften Pilotphase von 2005 bis 2007. Weitergehende Politiken und Maßnahmen sind unausweichlich.

Zum anderen reichen die im Kioto-Protokoll bis 2012 vereinbarten Maßnahmen bei weitem nicht aus, um die globale Erwärmung in einem gerade noch tolerierbaren Rahmen zu halten. Nicht nur eine erfolgreiche Umsetzung des Protokolls für den Zeithorizont 2008 bis 2012, sondern insbesondere die Weiterentwicklung des Klimaschutzabkommens hin zu ambitionierten Verpflichtungen stehen mit hoher Dringlichkeit auf der Agenda. Sowohl Deutschland als auch die Europäische Union müssen schnellstmöglich die Diskussion um eigene Ziele für 2020 vorantreiben, um die nötigen Impulse für den internationalen Prozess zu setzen.

Die Festlegung wird in der Zukunft trotzdem von höheren Reduktionszielen – auch im neu geschaf-

ten internationalen Rahmen – kein Selbstläufer. Gerade die sehr harten Kontroversen bei der Etablierung des europäischen Emissionshandelssystems haben gezeigt, dass enorm harte Auseinandersetzungen bevorstehen. Die kontroversen Kerne der Energiepolitik, also Energieeinsparung, erneuerbare Energien, Kernenergie, Kohle, Erdgasimporte, und Versorgungssicherheit, werden davon nicht unberührt bleiben: Sie sind die Grundlagen unseres Wirtschaftens.

► Hoffnung auf Weiterentwicklung

Dass die Europäische Union ihre Vorreiterrolle fortsetzt, ist für die Weiterentwicklung des internationalen Klimaschutzregimes unerlässlich. Ein intensiver Austausch zwischen den emissionsseitig besonders relevanten (bisherigen) Innovateuren Großbritannien und Deutschland und den klimaschutzpolitischen Schlüsselstaaten Frankreich, Spanien, Italien, Polen über zukünftige Klimaschutzvorgaben ist längst überfällig. Die Präsidentschaft von Großbritannien in der EU und in der G 8 wird wesentlich über Erfolg oder Misserfolg neuer Ansätze entscheiden.

Die Weiterentwicklung des Kioto-Protokolls steht aber auch jenseits der europäischen Grenzen vor enormen Herausforderungen. Wie können die USA wieder in den Prozess zurückgeführt werden? Und auf welche Art können Schlüsselstaaten der sich entwickelnden Länder, vor allem China, Indien, Brasilien und Südafrika, in ein verbindliches Klimaschutzregime eingebunden werden? Hier stehen noch viel Analyse und harte Verhandlungsarbeit bevor; vor dem Hintergrund der komplexen Interessenstrukturen wird es einfache Antworten leider kaum geben können.

Der 22. Oktober 2004 ist ein wichtiger Meilenstein für die internationale Klimaschutzpolitik. Trotz aller berechtigten Euphorie markiert er aber eher den Anfangs- als den Endpunkt eines langen Weges, der im Ergebnis zu einem grundlegenden Wandel unseres derzeitigen Wirtschaftens führen wird.

Der Autor

Dr. Felix Christian Matthes ist Koordinator des Bereichs Energie und Klimaschutz beim Öko-Institut.
Kontakt: Öko-Institut, Novalisstraße 10, 10115 Berlin. E-Mail: f.matthes@oeko.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.